

## Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 21/20  
14. Dezember 2020

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freunde,

letzte Woche haben wir den Bundeshaushalt 2021 beschlossen. Der Haushalt ist geprägt durch die Mammutaufgabe, die Pandemie zu bekämpfen: Wir schützen die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, stabilisieren die Wirtschaft und stellen die Weichen für die Zukunft. Das kostet Geld: mit 498,6 Mrd. Euro stellen wir einen Rekordhaushalt auf. Natürlich bedeutet das höhere Schulden – die hat keiner gerne. Doch wer in dieser Ausnahmesituation zögert und zaudert, wer in die Krise hinein spart, hat später den größeren Schaden. Unsere solide Haushaltspolitik der vergangenen Jahre lässt uns diesen Spielraum. Wenn der Sturm vorübergezogen ist, werden wir uns der Schulden annehmen – mit einem klugen, langfristigen und fairen Plan. Dabei werden starke Schultern mehr tragen müssen, um die Lasten dieser schweren Krise gerecht zu verteilen.



Beim gestrigen Treffen von Angela Merkel mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder wurde beschlossen, dass das öffentliche Leben in Deutschland angesichts der sich ausbreitenden Corona-Pandemie schon ab dem kommenden Mittwoch (16. Dezember) drastisch heruntergefahren wird. Damit soll eine Überlastung des Gesundheitssystems verhindert werden, denn Krankenhäuser und vor allem zahlreiche Intensivstationen sind durch die hohen Zahlen schwer erkrankter Corona-Patienten stark belastet. Der Einzelhandel mit Ausnahme der Geschäfte für den täglichen Bedarf muss schließen. Es kommen auch weitere Einschränkungen. Wir werden zum Beispiel auf eine Silvesterfeier im breiten Kreis verzichten müssen.

Olaf Scholz hat darum für alle, die durch die Einschränkungen kein Geld verdienen können, die Unterstützung der Novemberhilfe auch in den Dezember verlängert. Damit werden Umsatzeinbußen um bis zu 75 Prozent abgedeckt. Auch werden die Unternehmenshilfen erhöht. Jetzt muss Wirtschaftsminister Altmaier endlich dafür sorgen, dass alle schnell an ihr Geld kommen – denn er ist für die Umsetzung verantwortlich. Ab Januar wird es dann die Überbrückungshilfe III geben. Sie verlängert und ergänzt die bestehenden Hilfsangebote und hat auch eigene Regelungen für Soloselbständige. Wir halten zusammen und setzen darauf, dass bald die Impfungen starten können, damit das Ende der Pandemie absehbar ist. Zu den Vorbereitungen für die Abfüllung des Impfstoffes habe ich mich vor einige Tagen gemeinsam mit meinen niedersächsischen Kollegen Bernd Westphal (MdB) und Tiemo Wölken (MdEP) auch bei der Siegfried AG in Hameln informiert. Erstmals müssen wir uns aber an die Regeln halten, denn das Virus macht keine Pause – die Infektionszahlen sind immer noch viel zu hoch.

Ich wünsche Euch trotz allem eine schöne Woche und bleibt gesund.



Mit herzlichen Grüßen

### Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Besuch bei der Siegfried AG in Hameln
  - Informationsbesuch des neueröffneten Glasstelen-Weges in Boffzen
- Seite 3** — Mehr Geld für die Ausstattung der Bundeswehrsoldaten in Holzminden
  - Konjunkturprogramm für den Wald
- Seite 4** — Überblick Jahressteuergesetz 2021
- Seite 5** — Bundeshaushalt 2021
- Seite 6** — Pressemitteilung: 400.000 € vom Bund für den Breitbandausbau in Holzminden

### Ihr findet mich auch bei :



## BESUCH BEIM PHARMAHERSTELLER SIEGFRIED IN HAMELN

Gemeinsam mit meinem Bundestagskollegen Bernd Westphal und Tiemo Wölken aus dem Europäischen Parlament habe ich die Siegfried AG am Standort in Hameln besucht. Hier wird bald der von der BioNTech und Pfizer entwickelte, so sehnlich erwartete, Covid 19-Impfstoff abgefüllt. Mit Standortleiterin Dr. Sabine Brand und CEO Wolfgang Wienand haben wir intensiv besprochen, welche Lehren politisch aus der Corona-Situation gezogen werden müssen. Die Herstellung von wichtigen Medikamenten stärker im europäischen Rahmen zu organisieren und damit auch bei

zukünftigen Pandemien die Versorgung sicherzustellen, ist eine wichtige Schlussfolgerung der derzeitigen Situation. Tiemo Wölken hatte ich nach Hameln eingeladen, weil er als Mitglied des Gesundheitsausschusses des Europäischen Parlament die Ausarbeitung der EU-Gesundheitsunion und der europäischen Arzneimittelstrategie eng begleitet. Bernd Westphal ist als wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion



der richtige Ansprechpartner für die wirtschaftlichen Aspekte. Ich bin stolz, dass ein Unternehmen aus dem Weserbergland einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie leisten wird.

## BESUCH DES GLASSTELLEN-WEGES IN BOFFZEN

Der Glasstelen-Weg beleuchtet die "Spuren der Glasindustrie in Boffzen" und damit mehr als 150 Jahre Glasproduktion. Die Werkshallen von Noelle und von Campe prägen noch heute das Ortsbild. Die offizielle Eröffnung des Rundwanderweges musste Anfang November mit Abstand, Alltagsmaske und im ganz kleinen Kreis durchgeführt werden. Deshalb habe ich mir nun von Walter Waske, unserem ehemaligen Landrat und Vorsitzendem des Freundeskreis Glas, sowie Vorstandsmitglied Karl-August Fricke vor Ort den Glasstelen-Weg erläutern lassen. Auf zwölf Stelen finden sich viele Informationen zur Tradition der örtlichen Glasproduktion. Eine Informations-Steile steht zum Beispiel vor der Fabrikanten-Villa der Familie von Campe, eine weitere

vor der Siedlung mit den ehemaligen Arbeiterhäusern. Konzipiert wurde der Rundweg von Uwe Spiekermann und Stefanie Waske. Über QR-Codes auf den Stelen ist die Glasgeschichte Boffzens nicht nur vor Ort zu erwandern, sondern mit vielen Bildern und Texten auch auf der Webseite [www.glas-in-boffzen.com](http://www.glas-in-boffzen.com) auch noch einmal in Ruhe nachzulesen. Ich freue mich über das großartige Engagement der Ehrenamtlichen des Freundeskreises Glas. Mit dem Glasstelen-Weg ist die Industriegeschichte Boffzens nach der Schließung des Glasmuseums nun zumindest öffentlich im Ort zu entdecken. Ich freue mich



darauf, den gesamten Weg zu erkunden, sobald ich nach Ausheilung meiner Sportverletzung wieder richtig laufen kann.

## MEHR GELD FÜR DIE PERSÖNLICHE AUSSTATTUNG DER SOLDATINNEN UND SOLDATEN IN DER PIONIER-KASERNE AM SOLLING

Die Bundeswehr bekommt im kommenden Jahr 17,5 Millionen Euro mehr aus dem Verteidigungset für die persönliche Ausrüstung der Soldatinnen und Soldaten. Davon profitiert auch der Bundeswehrstandort in Holzminden. Von meinen Besuchen in der Pionier-Kaserne am Solling und aus den Gesprächen mit Bataillonskommandeur Oberstleutnant Flach und seinem Vorgänger Oberstleutnant Belke weiß ich, dass die Notwendigkeit der richtigen Ausrüstung auch für die Soldatinnen und Soldaten am Bundeswehr-Standort in Holzminden eine wichtige Rolle spielt. Ich freue mich sehr, dass mit dem neuen Bundeshaushalt nun mehr Geld für die persönliche Aus-

stattung der Soldatinnen und Soldaten zur Verfügung steht. Als Bundestagsabgeordnete haben wir eine besondere Verantwortung gegenüber unseren Soldatinnen und Soldaten. Schließlich haben wir eine Parlamentsarmee und entscheiden im Bundestag über jeden einzelnen Auslandseinsatz der Bundeswehr.

Ich freue mich daher, dass wir durch den Einsatz der SPD-Bundestagsfraktion nun deutlich



mehr Geld für die persönliche Ausrüstung der Soldatinnen und Soldaten im Haushalt veranschlagt haben. Die Mittel kommen ihnen also direkt zugute und verbessern ihre Bedingungen im Training und dann natürlich auch im Einsatz.

## KONJUNKTURPROGRAMM FÜR DEN WALD

Viele Menschen, die in den vergangenen Wochen und Monaten durch den Wald gegangen sind (und vielleicht die Corona-Einschränkungen möglichst gut genutzt haben), ist es aufgefallen: Unser Wald braucht Hilfe. Dürre und Schädlinge haben die Widerstandskraft der Bäume so geschwächt, dass insbesondere die Fichten in den Tieflagen bestandsweise und sogar flächig absterben. Auch andere heimische Baumarten sind betroffen. Die Borkenkäfer-

massenvermehrung wird weiteres Schadholz und Bestände absterben lassen. Bis Ende des Jahres werden im Verlauf der vergangenen drei Jahre schätzungsweise 177 Millionen Kubikmeter Schadholz angefallen sein. 284.000 Hektar sind in Deutschland wieder zu bewalden. Deswegen freue ich mich sehr, dass der Deutsche Bundestag in der Haushaltsdebatte letzte Woche u.a. über 700 Mio. € Konjunkturhilfe für den Wald beschlossen hat.

Diese Programme ermöglichen schnelle Hilfe und ergänzen bestehende Programme sinnvoll. Auf Einladung von Klaus Frede von der Forstgenossenschaft Kirchohsen konnte ich mich in einem Wald bei Emmerthal bei einem Vor-Ort-Besuch vom teils katastrophalen Zustand des Waldes überzeugen. Unser Weserbergland

ist ein sehr waldreiches Gebiet. Auch im Solling als zweitgrößtem Waldgebiet Niedersachsens sind die massiven Schäden auch für Laien zu erkennen. Daher begrüße ich es sehr, dass das Bundeslandwirtschaftsministerium die Waldbesitzer nun unterstützt.



## ÜBERBLICK ZUM JAHRESSTEUERGESETZ 2021 - VIELE ENTLASTUNGEN UND STÄRKUNG DES EHRENAMTS

### Erhöhung der Freigrenze für einen steuerfreien Sachbezug

Der Arbeitgeber hat derzeit die Möglichkeit, seinen Arbeitnehmern bis zu einer monatlichen Freigrenze von 44 Euro Sachbezüge steuerfrei zu gewähren. Diese monatliche Freigrenze für Sachbezüge wird ab dem 1. Januar 2022 auf 50 Euro angehoben.

### Erhöhung der Übungsleiterpauschale und der Ehrenamtspauschale

Um die ehrenamtlich Engagierten zu entlasten, werden der Übungsleiterpauschbetrag von 2.400 Euro auf 3.000 Euro und die Ehrenamtspauschale von 720 Euro auf 840 Euro angehoben. Mit der Steuerbefreiung ist auch eine entsprechende Befreiung von den Sozialversicherungsbeiträgen verbunden.

### Vereinfachungen für gemeinnützige Vereine

Wir führen eine ganze Reihe von Vereinfachungen für gemeinnützigen Vereine ein.

Die Freigrenze, bis zu der gemeinnützige Vereine Einnahmen aus einer wirtschaftlichen Tätigkeit steuerfrei erzielen können, wird von 35.000 Euro auf 45.000 Euro erhöht. Das hilft den Vereinen bei der Mittelbeschaffung für ihren gemeinnützigen Zweck. Die Grenze für eine vereinfachte Spendenbescheinigung wird von 200 Euro auf 300 Euro angehoben. Wir schaffen die Pflicht zur „zeitnahen Mittelverwendung“ für kleine gemeinnützige Vereine mit Einnahmen von weniger als

45.000 Euro ab. Das entlastet diese Vereine von Bürokratie, da die Mittelverwendungsrechnung künftig entfällt.

### Erweiterung des Spektrums der gemeinnützigen Zwecke

Wir haben den Katalog der gemeinnützigen Zwecke in der Abgabenordnung um wichtige Zielsetzungen erweitert. So werden künftig auch Vereine und Organisationen als gemeinnützig anerkannt, die sich für die folgenden Zielsetzungen engagieren:

- Klimaschutz
- Hilfe für Menschen, die auf Grund ihrer geschlechtlichen Identität oder ihrer geschlechtlichen Orientierung diskriminiert werden
- Förderung der lokalen Kommunikation, der technischen Bildung sowie des Aufbaus und Betriebs eines lokalen freien Funknetzes (Freifunk)

### Einführung einer Homeoffice-Pauschale

In der Corona-Pandemie arbeiten viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aber auch viele Selbständige im Homeoffice. Oft fehlen dabei die Voraussetzungen für den Abzug der Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer. Um auch diesen Erwerbstätigen einen Abzug ihrer beruflich veranlassten Mehrkosten zu ermöglichen, führen wir eine Homeoffice-Pauschale ein. Auch wer kein echtes Arbeitszimmer hat, kann nun einen pauschalen Betrag von 5 Euro für jeden Kalendertag als Betriebs-

ausgaben oder Werbungskosten geltend machen, wenn ausschließlich in der häuslichen Wohnung gearbeitet wird. Insgesamt ist der Abzug der Tagespauschale auf 120 Tage bzw. auf 600 Euro im Jahr beschränkt. Für die Tage im Homeoffice kann die Entfernungspauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte natürlich nicht geltend gemacht werden. Bei verschiedenen beruflichen Tätigkeiten kann die Pauschale auf die verschiedenen Betätigungen aufgeteilt werden. Sie kann aber pro Person nur einmal beansprucht werden. Wird die häusliche Wohnung nicht nur von einer Person als Homeoffice genutzt, können auch die anderen Personen die Pauschale geltend machen. Die Homeoffice-Pauschale wird, wie andere Werbungskosten auch, mit dem Arbeitnehmerpauschbetrag verrechnet. Bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wirkt sich die Homeoffice-Pauschale somit erst aus, wenn sie neben den anderen Werbungskosten den Werbungskostenpauschbetrag von 1.000 Euro pro Jahr übersteigt. Die Anrechnung auf den Arbeitnehmerpauschbetrag ist gerecht, denn sonst würden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Homeoffice gegenüber denjenigen, die nicht zu Hause arbeiten können, etwa Handwerker, Kassiererinnen, Krankenhauspersonal oder Pflegekräfte, ungerechtfertigt bevorteilt.

### Verlängerung der Corona-Hilfsmaßnahmen:

Die Überbrückungshilfen für Unternehmen werden bis Juni 2021 verlängert. Hierfür werden die Hilfen auf 39,5 Milliarden Euro aufgestockt. Mit den Überbrückungshilfen III werden auch die Voraussetzungen noch einmal nachjustiert. So wird beispielsweise die maximale Fördersumme von 50.000 Euro auf 200.000 Euro erhöht sowie der Kreis der Antragsberechtigten erweitert. Darüber hinaus wird nunmehr die Situation von Soloselbständigen besonders berücksichtigt. Aber auch jenseits der Überbrückungshilfen III werden notleidende Branchen unterstützt. Für semiprofessionelle Sportvereine enthält der Haushalt ein weiteres Hilfspaket in Höhe von rund 200 Millionen Euro. Für Einrichtungen der Behindertenhilfen sowie für die gemeinnützige Trägerlandschaft der Kinder- und Jugendhilfe und für Jugendherbergsstätten werden 200 Millionen Euro für Zuschüsse bereitgestellt, um die Pandemie zu bewältigen. Rund 72 Millionen Euro sind zur Absicherung der KfW-Soforthilfen für Studierende und rund 147 Millionen Euro für finanzielle Hilfen an studentische Verbände eingeplant. Diese werden mit der Verlängerung des Rettungsschirms für Ausbildungsplätze in Höhe von 500 Millionen Euro flankiert.

### Stärkung des Gesundheitssektors

Der Gesundheitsfonds für pandemiebedingt verursachte Belastungen wird um rund 2,7 Milliarden Euro auf insgesamt 7,65 Milliarden Euro aufgestockt. Mit der Erhöhung werden beispielsweise die vergünstigte Abgabe von FFP2-Schutzmasken sowie die Aus-

gleichszahlungen an Rehabilitationseinrichtungen finanziert. Zusätzlich werden 2,9 Milliarden Euro für Zuschüsse zur Bekämpfung des Ausbruchs des neuen Coronavirus eingestellt. Für eine „Nationale Reserve Gesundheitsschutz“ werden 750 Millionen Euro neu im Etat eingebracht. Erstmals wurde auch eine Vorsorge für Zuschüsse zur zentralen Beschaffung von Impfstoffen gegen SARS-CoV-2 in Höhe von 2,67 Milliarden Euro sowie für Investitionen zur Förderung der inländischen Entwicklung und Produktion von Impfstoffen in Höhe von 90 Millionen Euro eingestellt. Zur Umsetzung des Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst enthält der Etat insgesamt rund 123,5 Millionen Euro.

### Sicherung von Arbeit und Rente

Der Bundeshaushalt 2021 steht wie kein anderer für sozialen Zusammenhalt. Der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales umfasst mit rund 165 Milliarden Euro rund 33 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes und setzt mit der weiteren Umsetzung des Sozialen Arbeitsmarktes als Regelinstrument, der finanziellen Stabilisierung der Bundesagentur für Arbeit, der Sicherung der Arbeit von morgen und der Einführung der Grundrente für über 1,3 Millionen Menschen im Land starke sozialpolitische Impulse. Die Bundesagentur für Arbeit hat in dieser Corona-Pandemie einen beispiellosen Beitrag zur Sicherung von Arbeit und zum Schutz vor Arbeitslosigkeit geleistet. Die Bearbeitung und Auszahlung von Kurzarbeitergeld waren europaweit einzigartig. Dafür musste die Bundesagentur für Arbeit (BA) ihre Rücklagen aufbrauchen. Damit die Verlängerung der

Kurzarbeiterregelungen während der Corona-Pandemie finanziert werden können, wird die BA mit einem Zuschuss in Höhe von 3,35 Milliarden Euro im nächsten Jahr unterstützt. Zudem wird die Rente stabilisiert und gestärkt. 2021 steigen die fünf großen Bundeszuschüsse an die Gesetzliche Rentenversicherung zusammen auf rund 101,1 Milliarden Euro. Bis 2023 erhöhen sich die Zuschüsse an die Rentenversicherung auf über 116 Milliarden Euro. Damit setzt die SPD-Fraktion das klare Signal, dass die gesetzliche Rentenversicherung die wichtigste Säule der Alterssicherung ist. Gegen den erbitterten Widerstand von CDU/CSU wurde die Grundrente durchgesetzt. Im Haushalt 2021 sind 1,4 Milliarden Euro für die Einführung der Grundrente ab dem 1. Januar 2021 vorgesehen.

### Investitionen in die Zukunft

Die Investitionsausgaben sind im Bundeshaushalt 2021 auf einem Rekordniveau. In den Jahren 2021 bis 2024 werden Investitionen von über 200 Milliarden Euro getätigt. Allein im Jahr 2021 sind Investitionen in Höhe von 61,9 Milliarden Euro veranschlagt, das liegt deutlich über dem Vorkrisen-Niveau. Neben den klassischen Investitionen in Infrastruktur wird auch die digitale Infrastruktur ausgebaut. Hierzu gehört beispielsweise der Digitalpakt Schule, der gerade in Pandemiezeiten ein wichtiger Pfeiler bei der Betreuung und Beschulung von Schülerinnen und Schülern ist. Im kommunalen Bereich gibt es ein neues Sanierungsprogramm für kommunale Einrichtungen, durch welches Sportstätten, Jugendeinrichtungen etc. wieder auf Vordermann gebracht werden.

## PRESSEMITTEILUNG ZUR BREITBAND-FÖRDERUNG DES BUNDES IN HÖHE VON 400.000 EURO IM LANDKREIS HOLZMINDEN

**Der SPD Bundestagsabgeordnete Johannes Schraps freut sich über die positive Nachricht, dass der Landkreis Holzminden zur Unterstützung des Breitbandausbaus in Boffzen, Eschershausen, Hehlen und Lauenförde 400.000 EURO vom Bund erhält. Bei dem geförderten Projekt investiert der Landkreis in die Erschließung von unterversorgten Adressen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 800.000 EURO.**

„Der Breitbandausbau ist ein wichtiges Thema für unsere Region – kein Arbeitsbereich und kaum ein Bereich unseres Alltagslebens wird zukünftig ohne Digitalisierung auskommen. Da dürfen eher ländliche Regionen nicht abgehängt werden. Das ist eine sehr gute Nachricht für den Landkreis Holzminden. Das The-

ma ist für uns von großer Bedeutung. Um gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, brauchen wir auch bei uns in der Region in jedem Winkel schnelles Internet“, betont der Abgeordnete.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit den Telekommunikationsunternehmen flächendeckend in Deutschland Gigabit-Netze zu schaffen. Sie wird daher die Breitbandförderung in den Gebieten, in denen kein marktgetriebener Ausbau stattfindet, mit Gigabit-Zielen fortführen. Das Förderprogramm wurde neu aufgelegt und im Verfahren wesentlich vereinfacht. Dies ist der erste wichtige Baustein zur Erreichung der Gigabit-Ziele. Damit werden alle noch verbliebenen weißen Flecken unmittelbar an

das Gigabitnetz angeschlossen. Die Bundesregierung erleichtert damit die bestehende Breitbandförderung in den Gebieten, in denen kein marktgetriebener Ausbau stattfindet, um Regionen als attraktive Lebens- und Industrieräume zu erhalten und weiterzuentwickeln. Eine Förderung kommt in Frage, wenn ohne eine staatliche Unterstützung der Breitbandausbau eines Gebietes nicht zustande kommt. Dies ist in Gebieten der Fall, die unterversorgt sind – also keine 30 Mbit/s zur Verfügung haben – und auf Basis einer Marktabfrage auch vom Markt in Zukunft nicht wirtschaftlich erschlossen werden. Damit kann dann die Gemeinde oder der Landkreis für die betroffenen Gebiete einen Förderantrag beim Bund stellen.

### **Büro Hameln**

Heiliggeiststraße 2  
31785 Hameln  
05151 107 33 99

### **Büro Holzminden**

Obere Str. 44  
37603 Holzminden  
05531 5030

### **Büro Berlin**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
030 227 77295

[johannes.schraps.wk@bundestag.de](mailto:johannes.schraps.wk@bundestag.de)    [johannes.schraps@bundestag.de](mailto:johannes.schraps@bundestag.de)

### **V.i.s.d.P:**

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva, Jan-Eric Sauer, Eva Zimmermann